

Neoliberalismus und neue Formen der Herrschaft¹

Pierre Bourdieu

Pierre Bourdieu (1930-2002) war Professor am Collège de France

Keywords:

Neoliberalismus, symbolische Herrschaft, Ökonomie, Arbeitsverhältnisse

Im Gegenzug zu jenen, die in ihrem Eifer, nichts an der „Moderne“ zu verpassen und auf billige Art und Weise ihr Anderssein zur Geltung zu bringen, überall nur Neues sehen und beständig den „Wandel“, wo nicht die „Revolution“ im Munde führen, wenn sie von „neuer Ökonomie“ oder vom „neuen Geist des Kapitalismus“ reden, möchte ich im folgenden auf Veränderungen eingehen, die sich auf zwei, im übrigen miteinander verbundenen Gebieten zugetragen haben, in den Betrieben und im Staat.

Ich tue dies mit dem Interesse, einen Überblick über diese nur selten in ihrem systematischen Stellenwert betrachteten Veränderungen zu erlangen und darzustellen. In einem weiteren Schritt möchte ich sodann versuchen, einige Aktionsprinzipien für eine soziale Bewegung in Europa herauszuarbeiten.

1. Veränderungen in der Ökonomie und das Unternehmen der Zukunft

Jedem ist der von Bearle und Means in den 30er Jahren konstatierte alte Gegensatz von Eigentümern und Managern, owners und managers, den sie damals zum Anlass nahmen, den Übergang von der Hegemonie der owners, der Aktionäre, zur Herrschaft der Manager zu beschreiben, zu dem was Galbraith die „Technostruktur“ nannte, gewiss noch geläufig. Heute indessen kann man den erneuten Triumph der owners beobachten, einen scheinbaren Triumph

¹ Wir danken Prof. Franz Schultheis (Universität St. Gallen, Fondation Bourdieu) für die Genehmigung des Abdrucks dieses Essays von Pierre Bourdieu. Der Beitrag erschien zuerst in: Die Augen der Herrschenden. In Politik, Arbeitswelt & Alltag an Auswegen arbeiten. ISOTOPIA. Forum für gesellschaftspolitische Alternativen. Heft 24, 2000. Graz, Austria.

Die hier publizierte Fassung wurde von Alexander Sieg an die neue Rechtschreibung angepasst.

allerdings, denn auch jetzt verfügen sie durchaus nicht über mehr Macht als zur Zeit von Galbraiths „Technostruktur“. So sind denn auch die wahren Herren der Ökonomie keineswegs die dem Diktat der Profitraten unterworfenen Manager, also jene Vorstandsvorsitzenden, die gewärtigen müssen, vor die Tür gesetzt zu werden, je nachdem, wie die Quartalsprüfung des von ihnen erwirtschafteten „Shareholder Value“ ausfällt, und auch nicht jene leitenden Angestellten, deren immer nur kurzfristig ausgezahltes Gehalt sich prozentual nach den Geschäften bemisst, die sie an Land gezogen haben, und die laufend die Börsenkurse verfolgen, von denen ja der Wert ihrer eigenen Stock Options abhängt, und ebenso wenig die owners, die kleinen Aktieninhaber, wie es der Mythos von der „Aktionärsdemokratie“ uns weismachen möchte. Stattdessen sind wir Zeuge einer weiteren Kapitalkonzentration: eine winzige Anzahl institutioneller Investoren kontrolliert eine wachsende Kapitalmenge und dementsprechend die Investitionen. Die Verwalter der großen Institutionen (Rentenfonds oder Mutual Funds) herrschen über das Feld des Finanzkapitals, bei dem dieses zugleich Objekt der Begierde und eine Waffe ist. Als Gegenspieler stehen auf diesem Feld die Institutionen der Rentenfondsverwaltung, spezielle Beratungsgremien, Analysten und die mit einer nicht unerheblichen Symbolwirkung ausgestatteten Währungshüter (Greenspan) einander gegenüber. Ein Gutteil dessen, was auf diesem Feld passiert, ist gesellschaftlich determiniert, während man uns glauben machen möchte, dass es sich um bloße, das heißt naturhafte ökonomische Notwendigkeit handele, gegen die man nichts ausrichten könne. (Die Tatsache zum Beispiel, dass die Inflationsrate auf zwei Prozent begrenzt wird, ist rein willkürlich; aber diese inzwischen zu einem kollektiven Glaubenssatz mutierte Obergrenze hat die Menschen in ganz außergewöhnlichem Maße für die Inflation sensibilisiert, was wiederum ganz reale Auswirkungen hat.) Dieser kollektive Glaubenssatz setzt sich gegenüber allen durch, die bei diesem Spiel mitspielen. So hat man etwa feststellen können, dass Gewerkschafter, die, weil sie glaubwürdig sein wollen, bei der Verwaltung der Rentenfonds mitmischen, sich auf dieses Spiel einlassen und zu seinen überzeugtesten Parteigängern werden. Damit ihre Botschaft ankommt, müssen sie sich Gehör verschaffen; um sich Gehör zu verschaffen, vergessen sie und sorgen dafür, dass auch ihre Botschaft vergessen wird. Ein typisches Beispiel symbolischer Herrschaft.

Die Kapitaleigner sind in der Lage, etwas durchzusetzen, was Frédéric Lordon – in Anspielung auf den in Frankreich staatlich garantierten Mindestlohn – das garantierte

Mindestkapitaleinkommen des Shareholders nennt, und können so die Risiken auf die Beschäftigten abwälzen, insbesondere über die sogenannte Verschlingung der Betriebe. Sie überantworten nämlich ihren Managern die Umsetzung eines Imperativs, des Imperativs kurzfristig zu erzielender Gewinne, der damit zum faktischen Endzweck des ganzen Systems wird – unter Missachtung der ökologischen Folgen und vor allem der Folgen für die arbeitenden Menschen. Das Streben nach kurzfristigem Profit bestimmt sämtliche Entscheidungen: die Einstellungspraxis, bei der Flexibilität und Mobilität der Beschäftigten zum obersten Gebot werden (eingestellt wird auf der Basis von Kurzzeit- oder Stundenverträgen); die Vereinzelung des Arbeitsverhältnisses; das Fehlen jeglicher langfristigen Planung, zumal bei den Arbeitskräften (dabei könnte es, nach der Logik eines wohlverstandenen Eigeninteresses, in gleichem Maße rational sein, die Beschäftigten langfristig an den Betrieb zu binden). Angesichts der ständigen Drohung einer Verschlingung des Betriebs führen die Beschäftigten ein Leben, in dem Unsicherheit und Ungewissheit die alles beherrschenden Momente sind. So hat sich mittlerweile ein Wirtschaftssystem etabliert, welches untrennbar verbunden ist mit einem politischen System, einer Produktionsweise, die eine Herrschaftsform impliziert, welche auf der Institutionalisierung der Unsicherheit beruht, Herrschaft durch existenzielle Verunsicherung: ein deregulierter Finanzmarkt leistet der Deregulierung des Arbeitsmarkts und damit der Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse Vorschub; das wiederum erzwingt die Gefügigkeit der Arbeiter. (In den Vereinigten Staaten suchen die Ökonomen nach einem Grund für die Tatsache – die mit der Schwächung der Gewerkschaften nicht hinreichend erklärt ist –, dass die Löhne nach wie vor sehr niedrig sind, obwohl doch Arbeitslosenrate auch sehr niedrig ist.) Die Betriebe werden von einem nach betriebswirtschaftlicher Rationalität verfahren Management geführt, das (neben anderen Herrschaftsinstrumenten) die Waffe der Verunsicherung benutzt, um die Beschäftigten in einen Zustand anhaltender existentieller Gefährdung, des körperlichen Stress und der psychischen Anspannung zu versetzen, und das der Selbstausschöpfung den Boden bereitet. Im Unterschied zu den „traditionell“ unsicheren Arbeitsverhältnissen im Dienstleistungsbereich und im Bauhandwerk institutionalisieren die Zukunftsbetriebe diese Unsicherheit als Prinzip der betrieblichen Arbeitsorganisation und als Lebensform für den Einzelnen. In einem Artikel in *Le Monde diplomatique* vom Mai diesen Jahres über Teleshopping- oder Telemarketing-unternehmen, deren Beschäftigte, die sogenannten „Teleberater“, von zu Hause aus

telefonieren müssen, um ihre Artikel zu verkaufen, beschreibt Gilles Balbastre die Durchsetzung eines Systems, das im Hinblick auf die Produktivität, auf Kontrolle und Überwachung, auf die Arbeitszeit und das völlige Fehlen einer beruflichen Karriere nachgerade als eine Taylorisierung des Dienstleistungssektors gelten kann (mit dem Unterschied allerdings, dass hier die Beschäftigten, im Gegensatz zu den Ungelernten im Taylor-System, hochqualifiziert sind: Häufig sind es Studenten, die ihr Studium nicht zu Ende geführt haben, oder Fachhochschüler oder umgeschulte Techniker). Mit diesen Unternehmen, die Produkte von geringer Lebensdauer verkaufen, die eine Wegwerfmentalität befördern helfen und die ihren Beschäftigten keine Langzeittätigkeit garantieren können, zeichnen sich ökonomische Verhältnisse ab, die jener Sozialphilosophie nahe kommen, die der neoklassischen Theorie immanent ist: als ob jene individualistische und ultra-subjektivistische Augenblicks-philosophie (die in der Tradition Descartes' steht und dadurch gekennzeichnet ist, dass ihr jegliche Beharrung, jeglicher conatus und überhaupt jede Tendenz zum Festhalten im Sein abgeht) der neoklassischen Ökonomie in der neoliberalen Politik das Mittel gefunden hätte, um zu ihrer Wahrheit zu kommen, die Bedingungen ihrer eigenen Verifizierung geschaffen hätte. Überall, an jeder Stelle des Systems, werden Unsicherheit, kurzfristige Antizipation, mit einem Wort: das Risiko, zu einem Dauerzustand. (Nebenbei bemerkt muss man feststellen, dass Ulrich Beck und Anthony Giddens, wo sie sich den Mythos der Umwandlung aller Beschäftigten in dynamische Kleinunternehmer zu eigen machen, die Regeln, die den Beherrschten von den Erfordernissen der Ökonomie aufgezwungen werden, zu Normen ihres praktischen Handelns erheben). Dieses in chronischer Instabilität befindliche System ist strukturell dem Risiko ausgeliefert, und das nicht allein, weil, gleich einem Damoklesschwert, die (mit den Seifenblasen der Spekulation in Zusammenhang stehende) Krise beständig über ihm schwebt.

Jene Strukturen prägen sich, als solche des Erkennens, den Köpfen der Menschen ein. Die strukturelle Unsicherheit trägt dazu bei, dass ein neuer Mensch produziert wird, ein in jeder Hinsicht berechnender Mensch, der in der Politik (und nicht nur dort) zum Zyniker tendiert oder zur Unverlässlichkeit und auch zum Individualismus, um nicht zu sagen zum Egoismus, der durch die Zersetzung der Person und die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (insbesondere der Familienbande) noch befördert wird.

Auf diese Weise etabliert sich eine dualistische Ökonomie, die eine große Ähnlichkeit aufweist mit der Ökonomie, die ich in den 60er Jahren in Algerien kennengelernt habe und die ja auch viele Dritte-Welt-Länder kennzeichnet: auf der einen Seite eine riesige, vom Subproletariat gestellte industrielle Reservearmee, gefangen im Augenblick, ohne Berufsaussichten, ohne Zukunft, ohne einen persönlichen oder kollektiven Lebensplan und daher chiliastischen Fantastereien anheimgegeben (statt auf Revolution zu sinnen); auf der anderen Seite eine kleine privilegierte Minderheit von Arbeitern in festem Arbeitsverhältnis und mit sicherem Einkommen. Ebenso prägt sich derzeit der Dualismus im sozialen Status und bei der Bezahlung der Beschäftigten immer stärker aus: die unselbständigen, unterbezahlten, nichtqualifizierten oder unterqualifizierten Dienstleistungsjobs mit geringer Produktivität und ohne Aussicht auf ein berufliches Fortkommen nehmen immer mehr zu. Jean Gadrey, der sich dabei auf eine amerikanische Untersuchung beruft, hat festgestellt, dass von den 30 Jobkategorien, die die größte Zunahme verzeichnen werden, 17 keinerlei Qualifikation erfordern, während in 8 Fällen eine Hochschulausbildung verlangt wird. Für 7 von 10 Jobs braucht es keine Qualifikation. Prototyp des Zukunftsjobs ist die Kassiererin. Am anderen Ende der Arbeitsgesellschaft erleben die zugleich Herrschenden und Beherrschten, die mittleren und höheren Angestellten nämlich, eine neue Form der Entfremdung, den unsicheren Luxus einer hurried leisure class, die viel Geld verdient, aber keine Zeit hat, es auszugeben. Diese ambivalente Position, vergleichbar mit der der Kleinbürger an anderer Stelle der Sozialstruktur, führt zu Formen organisierter Selbstaussbeutung: in den USA nimmt die durchschnittliche Jahresarbeitszeit zu, während gleichzeitig die Freizeit entsprechend schrumpft.

Diejenigen, die von der „neuen Ökonomie“ schwärmen und von Silicon Valley als gesellschaftlichem Modell (Manuel Castells spricht in seinem Buch *La société en réseaux* in diesem Zusammenhang von einem „gesichtslosen, kollektiven Kapitalismus, der aus Geldströmen besteht, die von elektronischen Netzen verwaltet werden“, S. 530), neigen dazu, die derzeit zu beobachtenden ökonomischen und sozialen Veränderungen zu einer unausweichlichen Folge der technologischen Entwicklung zu erklären, wo sie doch nichts anderes sind als der ökonomisch und sozial bedingte gesellschaftliche Gebrauch, der von der Technologie gemacht wird. Im Gegensatz zur gehätschelten Illusion, es handele sich hier um ein noch nie Dagewesenes, absolut neuartiges Phänomen, sind es denn auch die dem

Gesellschaftssystem inhärenten strukturellen Zwänge – wie etwa die Logik der Vermittlung des kulturellen und schulischen Kapitals, die ja die wirkliche Beherrschung der neuen (technischen wie finanztechnischen) Instrumente allererst ermöglicht –, die nach wie vor schwer auf der Gegenwart lasten. Eine statistische Untersuchung über die Nutzenanwendungen der Informatik zeigt, dass zwischen den „Interagierenden“ und den „Interagierten“ eine deutliche Kluft besteht, die sich aus der ungleichen Verteilung des kulturellen Kapitals herleitet und damit letztlich aus dem Schulsystem und der Vermittlung dieses Kapitals innerhalb der Familie. (Nebenbei bemerkt hat der von Ökonomen eingeführte Begriff des kulturellen Kapitals gegenüber der Rede vom „menschlichen Kapital“ den Vorzug, jegliche Erklärung der aus dem ungleichen kulturellen Kapital erwachsenden wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zu natürlichen zu vermeiden; statt dessen macht er sie an den Unterschieden von Bildung und sozialer Herkunft und nicht an „Begabungsunterschieden“ fest).

Musteranwender der Informatik ist eine männliche Person unter 35 Jahren mit Hochschulabschluss und hohem Einkommen, die in Städten wohnt und die englische Sprache beherrscht. Mit anderen Worten, dieser Dualismus beruht größtenteils auf der ungleichen Verteilung des kulturellen Kapitals, das nicht nur weitgehend die Arbeitsteilung bestimmt, sondern auch ein äußerst machtvolles Instrument der Soziodizee ist. Zweifellos bezieht die herrschende Klasse ihre beispiellose Arroganz aus dem Umstand, dass sie, im Besitz eines umfänglichen kulturellen oder schulischen Kapitals (von dem für das 19. Jahrhundert typischen Gegensatz von Künstler und Bourgeois kann keine Rede mehr sein), es für vollkommen richtig hält, so zu leben, wie sie lebt. Der Hochschulabschluss ist nicht nur ein bildungsmäßiger Adelstitel, vielmehr gilt er gesellschaftlich als Ausweis der Intelligenz, einer natürlichen Intelligenz und Begabung. In dieser Hinsicht hat die „neue Ökonomie“ alle Merkmale, um (im Sinne Leibniz' und vor allem Huxleys) als beste aller Welten zu erscheinen: sie ist global, wie diejenigen, die sie beherrschen, international, polyglott und multikulturell sind; sie ist „immateriell“, sie produziert immaterielle Gegenstände, Informationen, Kulturprodukte und bringt sie in Umlauf. Von daher kann sie als eine Ökonomie der Intelligenz erscheinen, die intelligenten Menschen vorbehalten ist (das sichert ihr die Sympathie von Journalisten und Managern, die „in“ sind).

An diesem Punkt nimmt die Soziodizee die Form eines Rassismus der Intelligenz an. Die Armen sind nicht mehr wie noch im 19. Jahrhundert arm, weil sie sorglos und verschwenderisch usw. sind (im Gegensatz zu den deserving poor), sondern weil sie dumm, intellektuell unfähig sind. Mit einem Wort, ausbildungsmäßig „haben sie das, was sie verdienen“. Manche Ökonomen, darunter natürlich auch Becker, sehen im Neodarwinismus, der die von der Theorie postulierte Rationalität zum Resultat einer natürlichen Auslese der Besten erklärt, eine unwiderlegliche Rechtfertigung dafür, dass tatsächlich „the best and brightest“ am Ruder sind. Und dieser Kreis schließt sich am Ende, wenn die Ökonomie von der Mathematik eine ganz und gar unanfechtbare, epistemokratische Rechtfertigung der herrschenden Gesellschaftsordnung verlangt. Die Opfer einer so übermächtigen Herrschaftsform, die sich auf ein so universell gültiges Herrschafts- und Legitimitätsprinzip berufen kann, wie es die Rationalität ist (die über das Schulsystem vermittelt wird), sind zutiefst in ihrem Selbstwertgefühl getroffen. Und vermutlich stellt sich auf diese Weise eine oftmals unmerkliche Beziehung zwischen neoliberaler Politik und bestimmten faschistoiden Revolteerscheinungen auf der Seite jener her, die sich von der Moderne abgehängt sehen und Zuflucht beim Nationalen und beim Nationalismus suchen. Die Tatsache nämlich, dass das neoliberale Gesellschaftsprojekt nur schwer effektiv zu bekämpfen ist, beruht darauf, dass es sich, obwohl es ein konservatives Projekt ist, als fortschrittlich präsentieren kann und alle Kritik an ihm in die Ecke des Konservatismus, ja der Rückständigkeit zu stellen vermag, zumal wenn sich die Kritik gegen die Zerstörung der sozialen Errungenschaften der Vergangenheit wendet. Besonders bedrohlich wirkt das Projekt in der Ausformulierung von Regierungsvertretern, die sich wie Blair, Jospin oder Schröder in der Tradition der Sozialdemokratie sehen und nicht davor zurückschrecken, sich bestimmter, gängiger Formen des Populismus zu bedienen („die Lehrer sind alle konservativ“, „die Gewerkschaften sind vorsintflutlich“ usw.), weil auf diese Weise die Kritiker – d.h. all jene, die diesen Regierungen die Aufkündigung ihres sozialistischen Programms zum Vorwurf machen – wie die Opfer ihres Einschwenkens auf die Linie des Neoliberalismus in einen Sack gestopft (und mit dem Mischmaschwort „rot-braun“ über einen Leisten geschlagen) werden können.

2. Der Wandel des Staates und die Verwaltung des Elends

Der Neoliberalismus zielt auf die Zerstörung des Sozialstaats, der linken Hand des Staates, d.h. auf die Abschaffung all dessen, was sich nach der Logik der cost efficiency nicht rechnet. Am augenfälligsten ist dies im Falle des Gesundheitswesens, das von der neoliberalen Politik gleich von zwei Seiten angegriffen wird: zum einen erhöht sich die Zahl der Kranken und der Krankheiten (vgl. etwa den Zusammenhang zwischen Armut – die zu den strukturellen Ursachen zählt – und Krankheit: Aids, Tuberkulose, Alkoholerkrankungen, Drogenabhängigkeit, Delinquenz) und zum anderen werden die medizinischen Ressourcen, die Möglichkeiten ihrer Behandlung eingeschränkt (vgl. das Beispiel Russlands, wo binnen 10 Jahren die Lebenserwartung um 10 Jahre gesunken ist, sowie Englands). Ganz allgemein gesprochen verursacht eine Politik, die sich an der Kosteneffektivität orientiert, reale gesellschaftliche (kollektive) Kosten in beträchtlicher Höhe, die, wenn man sie in die Rechnung hineinnimmt, das Absurde dieser Politik deutlich machen. (Amartya Sen: „I sometimes wonder whether there is any way of making poverty terribly infectious. If that were to happen, its general elimination would be, I am certain, remarkably rapid“).

In Europa haben wir es mit dem Paradox eines neoliberalen Staates zu tun, der die Umschulung des Kollektivs zum Neoliberalismus begleitet, indem er ein (in christlicher Tradition stehendes) Ethos des freiwilligen Dienstes bemüht, das vielfältigen sozialarbeiterischen Aktivitäten als Orientierungshilfe dient: einerseits um die vom Schulsystem produzierten, inzwischen aber sozial deklassierten Elemente, die Inhaber von entwerteten (entqualifizierten) Abschlüssen zu beschäftigen – siehe etwa in Frankreich die sogenannten nationalen Werkstätten –, indem man sie von Leuten in vergleichbarer Situation (Sozialarbeitern, „Projektleitern“ usw., die manchmal durchaus verständnisvoll und engagiert sind gegenüber jugendlichen Nordafrikanern) betreuen lässt; andererseits um Schulabbrecher von der Straße zu holen, indem man ihnen eine Scheinarbeit anbietet und sie zu Arbeitnehmern ohne Arbeitslohn, Unternehmern ohne Unternehmen, Langzeitstudenten ohne Aussicht auf einen Abschluss oder eine Qualifizierung macht. Alle diese Einrichtungen der sozialen Betreuung erzeugen, was sich insbesondere in der inflationären Vermehrung von Kürzeln (wie etwa im Ausbildungswesen) und von Trägerorganisationen ausdrückt, einen Vernebelungseffekt, durch den Arbeit und Nichtarbeit, Studium und Arbeit usw. ineinander

verschwimmen, und befördern auf diese Weise eine kollektive self-deception, an der „Betreuer“ und „Betreute“ gleichermaßen mitwirken, ebenso wie sie den Glauben an eine Talmiwirklichkeit stimuliert, die im Zauberwort des „Projekts“ (ohne Zukunft) symbolischen Ausdruck gefunden hat.

Hinter all diesen Einrichtungen der Sozialarbeit verbirgt sich eine „karitative“ Sozialphilosophie, eine Art Existenzialismus der armen Leute, eine „softe“ Soziologie, die voller Verständnis für die ist, mit denen sie zu tun hat, und die, weil sie den Standpunkt der „Subjekte“ einzunehmen behauptet, die sie aktivieren möchte („Aktionssoziologie“), am Ende nicht umhin kann, sich die mystifizierte und mystifizierende Vorstellung von der Sozialarbeit zu eigen zu machen (anstatt sie zu objektivieren). Damit ist sie Gegenpart einer streng wissenschaftlichen Soziologie, die unter diesem Gesichtspunkt letztlich als deterministisch und pessimistisch erscheinen muss, da sie die strukturellen Zwänge protokolliert.

Fest steht, dass der Verfall des Sozialstaats einhergeht mit einer Fortentwicklung des staatlichen Strafpotentials. Diese in den Vereinigten Staaten, wie Loïc Wacquant gezeigt hat, überaus markante Tendenz ist in Europa noch relativ unausgebildet. Insbesondere auch deswegen, weil sich der Sozialstaat, wenn auch in der mehr oder weniger fiktiven Gestalt, wie ich sie beschrieben habe, erhalten konnte. Deswegen muss man sich auch davor hüten, diese Einrichtungen kleinzureden, wenngleich man sich in ihrer Bedeutung auch nicht täuschen sollte. Auch wenn sie eine mystifizierende Funktion haben und an der sozialdemokratischen Scheinheiligkeit partizipieren (deren Höhepunkt zweifellos das Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche ist, gleichsam ein trojanisches Pferd, mit dessen Hilfe in Frankreich Flexibilität und Jahresarbeitszeitkonto durchgesetzt wurden), auch wenn sie Ersatzlösungen anbieten und als Alibi für eine Politik auftreten, die Unternehmen wie Arbeiter tatsächlich ihrer unsicheren Situation zu entreißen unternähme und ihnen Kontinuität und Zukunft verschaffte, so stehen sie doch nach wie vor auch dafür, dass der Staat mehr schlecht als recht präsent ist. Auch wenn sie mit der erklärten Absicht angetreten sind, „den neuen Geist des Kapitalismus“ zu vermitteln, will sagen: Selbsthilfe als Ersatz für Unternehmungsgeist und – als begleitende Maßnahme – Sozialpolitik in einer ausgesprochen voluntaristischen Form und umkränzt vom Heiligenschein der christlichen Soziallehre, so könnten sie letztendlich auch

die Wirkung haben, subversive Aktivitäten zugänglich zu machen und diesen eine Sprache zu verleihen.

Freilich ist staatliches oder parastaatliches Handeln (also zum Beispiel auf der Ebene der Gemeinden und karitativen Verbände) nur ein, wenn auch entscheidender Aspekt der sich herausbildenden symbolischen Formen von Herrschaft. Wie man schon an dem Kult sehen kann, der mit dem Begriff „Projekt“ getrieben wird, haben die Intellektuellen bei der Verwaltung des Elends und der Erfindung von Instrumenten zu seiner Beschwichtigung eine enorm wichtige Rolle übernommen. Und das liegt ohne Zweifel daran, dass die neue Herrschaftsform größtenteils auf Glaubenshaltungen beruht. Neben der „großen Seinskette“, in der sich die Nobelpreisökonomien mit ihren kristallklaren mathematischen Modellen mit den in der Analyse einer rüden und morastigen Realität befangenen Alltagsökonomie verbunden wissen, gibt es eine zweite Kette, die nicht eigentlich mit jener verknüpft ist (wenngleich die großen Ökonomen, die eine Art Deus absconditus sind, der sich ansonsten dem *laisser-dire* verschrieben hat, keineswegs darauf verzichten, gelegentlich höchstpersönlich in Erscheinung zu treten, und zwar stets, um die Tugenden des *laisser-faire* zu rühmen), und zu dieser gehören die großen angelsächsischen Handelsblätter wie *Business Week* oder *Financial Times* sowie Wirtschaftswochenzeitungen wie *Le Nouvel Économiste*, aber auch große Tageszeitungen wie *Le Monde* oder *Libération*. Wirtschaftsjournalisten und berühmte Leitartikler, mochte der Firnis ihrer ökonomischen Bildung auch noch so dünn sein, und ebenso im Journalismus tätige Intellektuelle haben, vermutlich mehr aus Unwissenheit und Inkompetenz denn aus Zynismus, diese kollektive Bekehrung zum Neoliberalismus, die sie selbst gerade vollzogen, wortreich untermalt. Und die symbolische Vorherrschaft des amerikanischen Modells hat in nicht geringem Maße zu diesem Prozess beigetragen, zumal durch Übernahme der vielen Wörter, die allesamt von dieser neuen Sozialphilosophie durchtränkt waren.

3. Die Politik neu erfinden, Argumente für das Handeln entwickeln

Angesichts einer dermaßen komplexen und auch ausgefeilten Herrschaftsform, bei der der Macht des Symbolischen eine so zentrale Rolle zukommt, gilt es, neue Kampfformen zu erfinden. Da Ideologen und „Ideen“ in diesem Kontext ihren besonderen Platz haben, müssen

auch die Wissenschaftler eine herausragende Rolle übernehmen. Sie müssen mit dafür sorgen, dass dem politischen Handeln neue Ziele gesetzt – die Auflösung der herrschenden Glaubenshaltungen – und neue Instrumente gefunden werden – als da wären technische Waffen, die sich aus der Forschung und aus qualifizierter wissenschaftlicher Arbeit herleiten, sowie symbolische Waffen, die geeignet sind, gängige Glaubensvorstellungen über den Haufen zu werfen, weil sie den Ergebnissen der Forschung eine anschauliche Form geben.

Zu den eigentlichen Folgen des Neoliberalismus als einer konservativen Revolution, durch die die Bedeutung sämtlicher Positionsbestimmungen verkehrt wurde, kommen noch die Folgen sozialdemokratischer Heuchelei hinzu, der eine zweite Bedeutungsverschiebung zu verdanken ist, welche den Effekt falschen Wissens noch verstärkt hat. Gegen einen solchen Gegner ist das Wissen eine wirksame Waffe, zumal dann, wenn es um eine Kritik der Effekte falschen Wissens ergänzt wird, die ja letztlich immer darauf aus sind, „das Opfer ins Unrecht zu setzen“ (den Lehrern Konservatismus vorzuwerfen oder den im Gesundheitswesen oder im Erziehungsbereich Tätigen die Verantwortung für die Krise aufzubürden, deren erste Opfer sie doch sind).

Welche sollte im Kontext dieser Kämpfe die Rolle der von uns vorgeschlagenen europäischen Sozialbewegung sein? Ich bin natürlich der Letzte, der leugnen würde, wie zutiefst utopisch, riskant und wenig wahrscheinlich eine solche Bewegung ist: die Bewegung, die eine Utopie zu ihrem Zweck erklärt hat, nämlich ein Europa, in dem alle kritischen sozialen Kräfte, die heute noch sehr vielgestaltig und zersplittert daherkommen, hinreichend vereint und organisiert wären, um eine einheitliche Kraft kritischer Bewegung zu bilden, diese Bewegung ist an sich selbst schon eine Utopie, wenn man bedenkt, wie zahlreich die sprachlichen, wirtschaftlichen und technischen Hindernisse auf dem Wege zu einer solchen Sammlungsbewegung sind. Was gelegentlich als eines der praktischen Hindernisse angesehen wird, dass es nämlich zahllose Bewegungen gibt, die sich ebenfalls sei's vollständig, sei's teilweise die von uns benannten Ziele gesetzt haben, das ist ja gerade der erste und wichtigste Grund, ein solches kollektives Unternehmen anzugehen, das eben nicht die vielen Aktivitäten annektieren oder monopolisieren, sondern vereinen und integrieren soll, indem es Initiativen verknüpft und zusammengefügt und allen Einzelpersonen und Organisationen, die sich auf diesem Terrain engagiert haben, um die Auswirkungen des vorhandenen Neben- und Gegeneinanders zu überwinden, bei ihrer Aufgabe zu helfen. Es geht also vor allem darum,

ein globales politisches Projekt zu entwickeln, das heißt ein kohärentes Ganzes von Alternativvorschlägen, die von Wissenschaftlern und Akteuren gemeinsam erarbeitet werden (dabei ist jede Instrumentalisierung der ersteren durch letztere und umgekehrt zu vermeiden) und die eine Vereinheitlichung der sozialen Bewegung dadurch in Gang bringen können, dass die Divergenzen zwischen den nationalen Traditionen und innerhalb der jeweiligen Nationen die Divergenzen zwischen den Berufsgruppen (zumal zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen), zwischen den Geschlechtern, den Generationen, den ethnischen Gruppen (Migranten und Einheimische) aufgehoben werden. Zugleich sollen die – sowohl theoretischen wie praktischen – kritischen Aktivitäten aller sozialen Bewegungen koordiniert werden, die es inzwischen gibt und die darauf hinwirken, die Mängel des entpolitisierten Denkens und Handelns der mit dem Regieren betrauten Sozialdemokratie zu beseitigen; ebenso soll eine neue Form der Politik gefunden werden, das heißt andere Strukturen der wissenschaftlichen Betätigung, der Diskussion und Mobilisierung auf unterschiedlichen Ebenen (international, national und lokal, im Verein mit Stadträten, Betriebsräten, Vertretern des Handwerks, der Dienstleistungen und der Universität usw.), mit deren Hilfe in der Praxis ein wahrhaft demokratischer Internationalismus etabliert werden kann.